

Vortrag In seinem Vortrag zum Thema Adoleszenz geisselt Buchautor Remo Largo das Schulsystem. **Neuhausen Seite 18**

Pilotprojekt In Beringen steht eine neue Windanlage der EKS, sie ist weltweit die erste ihrer Art. **Klettgau/Reiat Seite 19**

Streitgespräch Zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik: Verankerung der 2000-Watt-Gesellschaft in der Schaffhauser Stadtverfassung

Der umstrittene Weg zur Energieeffizienz

Die 2000-Watt-Gesellschaft wird derzeit kontrovers diskutiert. Wir haben uns mit den beiden Grossstadträten Till Hardmeier (Jungfreisinn) und Katrin Bernath (GLP) über die bevorstehende Abstimmung unterhalten.

VON DANIEL JUNG

Wissen Sie, wie hoch Ihr Primärenergieverbrauch liegt?

Katrin Bernath: Meinen ökologischen Fussabdruck habe ich einmal ermittelt, meinen Primärenergieverbrauch kenne ich nicht – es ist hier aber auch nicht die relevante Frage. Denn es wird auch in Zukunft nicht so sein, dass man bei jeder einzelnen Person den Energieverbrauch messen wird. Das Ziel ist es, insgesamt als Stadt den Durchschnittsverbrauch von 2000 Watt Dauerleistung pro Kopf zu erreichen. Das ist ein Indikator für die Frage, ob wir auf dem richtigen Weg sind in Richtung Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Wie sieht es bei Ihnen aus, Herr Hardmeier?

Till Hardmeier: Auch mir ist mein Primärenergieverbrauch nicht bekannt. Ich schätze, ich liege etwa im Schweizer Durchschnitt, bei etwa 6000 Watt, vielleicht etwas darüber. Ich habe kein Auto, musste aber aus geschäftlichen Gründen in diesem Jahr dreimal nach London fliegen. Daneben schaue ich zum Beispiel darauf, in der kalten Jahreszeit daheim nicht zu lange zu lüften.

Gemäss Abstimmungsbüchlein liegt der aktuelle Verbrauch in Schaffhausen bei etwa 4300 Watt. Die vorarlbergische Stadt Feldkirch ist sogar schon bei 3300 Watt. Stimmen diese Zahlen?

Bernath: Für diese Werte werden die Daten über den tatsächlichen Energieverbrauch in einer Stadt zusammengetragen. Für die Bereiche, wo man keine Daten hat, werden sie mit Modellrechnungen ergänzt. Hier haben sich inzwischen bei den verschiedenen Städten



Uneins über die Frage, ob das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft in die Stadtverfassung aufgenommen werden soll: Die beiden Parlamentarier Katrin Bernath (Grünliberale Partei) und Till Hardmeier (Jungfreisinn).
Bilder Simon Brühlmann

einheitliche Methoden eingespielt. Wichtig sind dabei hauptsächlich die Grössenordnung und die Entwicklung über die Zeit. Diese Erhebungen sind sehr seriös und untereinander vergleichbar.

Vertrauen Sie diesen Zahlen ebenfalls?

Hardmeier: Nein. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einerseits verwendet der Schaffhauser Stadtökologe Urs Capaul, der die Schaffhauser Daten zusammengetragen hat, eine andere Berechnungsmethode als der Schaffhauser Stadtrat. Eine dritte Variante ist in der Broschüre «Wir leben 2000 Watt» enthalten, die an den Schaffhauser Schulen verteilt wurde. Es gibt in der Vorlage, über die wir abstimmen, keine offizielle Definition, was in der Rechnung berücksichtigt wird und was nicht. Das ist eines der grossen Probleme: Man kann den Stimmbürgern nicht einmal sagen, was genau dazu gehört. Daneben wurden die Senkungen des Primärenergieverbrauchs in

den letzten Jahren hauptsächlich durch eine Veränderung im Strommix erreicht.

Sie sprechen von der Senkung des Energieverbrauchs in der Stadt Schaffhausen, wie sie im Abstimmungsbüch-



lein beschrieben ist: Vor sechs Jahren lag der Verbrauch noch bei 5500 Watt, heute sind es 1200 weniger.

Hardmeier: Ja, man bezieht heute Wasserstrom anstatt eines Strommixes mit Atomstrom. Es können aber nicht alle in der Schweiz Wasserstrom beziehen, irgendjemand muss auch den

Atomstrom verwenden. Und letztlich ist es so, dass die Produzenten den gleichen Strom wie früher heute einfach in neuen Verpackungen verkaufen und so eine höhere Rendite erzielen. Aus der Steckdose kommt aber noch das genau Gleiche. Es ist, vereinfacht gesagt, ein

«Es ist, vereinfacht gesagt, ein Ablasshandel, mit dem man sich ein gutes Gewissen kaufen kann.»

Till Hardmeier Grossstadtrat Jungfreisinn

Ablasshandel, mit dem man sich ein gutes Gewissen kaufen kann.

Liegt der markante Reduktion des Schaffhauser Energieverbrauchs etwas Reales zugrunde?

Bernath: Es ist überhaupt kein Ablasshandel. Es gibt eine genaue Bilanz,

Abstimmung 2000-Watt-Gesellschaft

Hintergrund Gemäss Stadtrat ist die 2000-Watt-Gesellschaft eine «Zielvorstellung, die langfristig eine nachhaltige Entwicklung verfolgt». Gemäss diesem Konzept soll jeder Person im Mittel ein identisches Budget an Energie (17 500 Kilowattstunden Primärenergie = 2000 Watt Dauerleistung) zur Verfügung stehen.

Primärenergie Die 2000-Watt-Gesellschaft richtet den Blick auf die ursprüngliche Energieform, das gesamte Potenzial einer Energiequelle. Stromproduktion im AKW verursacht etwa hohe Primärenergieverluste durch Abwärme.

Vorlage Die Vorlage «Zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik» beinhaltet verschiedene Massnahmen. Zur Volksabstimmung kommt am 30. November lediglich die Teilrevision der Stadtverfassung: Dort soll neu das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft festgeschrieben werden. (dj.)

welcher Strom wohin geht. Und wenn die Nachfrage nach erneuerbarem Strom steigt, dann gibt das den Produzenten Anreize, das entsprechende Angebot auszubauen. Angebot und Nachfrage müssen beide schrittweise in Richtung Erneuerbare umgestellt werden. Insgesamt erscheint es mir aber als Vorwand, den Zahlen nicht zu glauben. Sachliche Argumente fehlen. Natürlich kann man über Details in der Berechnung streiten. Das Wichtige ist aber, dass die Zahlen ein Indikator dafür sind, wo man steht und wo man hinwill.

Gemäss der Vorlage hat Schaffhausen als Ziel für das Jahr 2020 einen Verbrauch von 4500 Watt definiert. Dieser Wert ist gemäss Abstimmungsbüchlein bereits heute unterschritten. Heisst das, dass es bis zum Ende des Jahrzehnts keine neuen Massnahmen braucht?

Fortsetzung auf Seite 16

Kopf der Woche Lionel Trümpler, Nachwuchsautor

Die Erlebnisse des Lehrers Albert Einstein in Schaffhausen

Lionel Trümpler hat als Maturarbeit eine Novelle über Albert Einstein geschrieben. Jetzt wird sie sogar veröffentlicht.

VON THILO VAN DER HAEGEN

Seine Maturarbeit «vom Verfassen einer historischen Novelle» wurde nicht nur prämiert. Georg Freivogel vom Bücherfass verkündete ausserdem, dass er sich vorstellen könne, Trümpplers Werk zu veröffentlichen. Nun wird eine leicht überarbeitete Version der Geschichte, die Albert Einstein und dessen Zeit als Privatlehrer in Schaffhausen thematisiert, als Buch veröffentlicht. Dass Albert



Lionel Trümpler vor dem «Cardinal», wo Einstein von Anfang Dezember 1901 bis Ende Januar 1902 logierte.
Bild Selwyn Hoffmann

Einstein Teil seiner Geschichte sein sollte, hatte Trümpler schon von Anfang an gewusst, denn «die Geschichte sollte etwas Bedeutendes nach Schaffhausen tragen». Da Einstein zu Zeiten, in denen er noch nicht so bekannt war, einmal in Schaffhausen gelebt hatte, bot er sich für eine Novelle an. «Hätte Marilyn Monroe in Schaffhausen gelebt, wäre sie die Hauptperson gewesen», sagte Trümpler. Für ihn sei eine grosse Motivation gewesen, dass er habe erleben wollen, wie es ist, als Schriftsteller zu arbeiten. Ausserdem wollte er auch einmal etwas anderes machen, hatte er in der Kanti doch Zeichen als Schwerpunktfach gehabt. Als Endprodukt entstand ein theoretischer Teil, der sich mit dem Verfassen einer Novelle auseinandersetzt, und die Novelle, die laut Trümpler auch den Reiz für den Leser haben

soll, die wahren Tatsachen von seiner Fiktion zu unterscheiden.

Trümpler, der die Kanti im musischen Profil abgeschlossen hat, hat in der Schule schon immer gerne Aufsätze geschrieben, vielleicht auch, weil seine Mutter unter anderem Deutsch unterrichtet. Sein Vater sei Pilot und bringe so immer spannende Geschichten mit nach Hause. Und das ist es auch, was ihn vor allem an der Literatur interessiert. Spannende Geschichten. So berichtet er: «Früher, während der Lektüre der Harry-Potter-Bücher, legte ich immer ein anderes Harry-Potter-Buch wie jenes, das ich gerade las, auf den Nachtschlafenszeit das falsche wegnahm.» Deshalb war es auch für ihn Motivation und Herausforderung zugleich, seine eigene Geschichte so in historischen Kontext zu setzen, dass sie, ob-

wohl einige Teile frei erfunden sind, glaubwürdig erscheint. In Zukunft möchte sich Trümpler erst einmal auf sein Studium der Rechtswissenschaften konzentrieren, das er im Herbst in Zürich begonnen hat. Er könne sich zwar vorstellen, wieder mal etwas zu schreiben, und habe auch schon einige Ideen, doch sei es noch nichts Konkretes, und im Moment habe er auch genug mit seinem Studium zu tun.

Die Vernissage der Novelle «Einstein in Schaffhausen» von Lionel Trümpler findet heute 18.00 Uhr im Bücherfass statt.

Zur Person

Alter 20
Zivilstand ledig
Wohnort Schaffhausen
Hobbys Trompete
Aktuelle Lektüre Lee Child, «The Enemy»

Umstrittener Weg zur Energieeffizienz

Fortsetzung von Seite 15

Bernath: Nein. Es zeigt aber, dass wir in letzter Zeit schon viel erreicht haben. Schaffhausen ist eine Energiestadt der ersten Stunde, mehrere Stadtpräsidenten haben sich in diesem Bereich stark engagiert. Das Ziel ist aber ein sehr langfristiges. Deshalb sollten wir jetzt schon das Zwischenziel von 2035 ins Auge fassen, das bei 3500 Watt liegt.

Als Leser des Abstimmungsbüchleins wundert man sich aber, wieso ein Ziel gesetzt wird, das bereits erreicht ist.
Bernath: Die Vorlage wurde schon 2011 geschrieben. Damals waren die Zahlen von 2012 noch nicht bekannt. Man ging vom Wert von 2008 aus, der bei 5500 Watt lag. Das ist etwas verwirrend, zeigt aber, dass wir erfolgreich unterwegs sind.

Erfolgreich unterwegs ist die Stadt also bereits – warum braucht es trotzdem einen neuen Verfassungsartikel?
Bernath: Es ist richtig, auf verschiedenen Ebenen wurde bereits viel erreicht. Nun müssen wir als Stadt Schaffhausen aber klarmachen, dass wir nicht zurückstehen wollen, dass wir die weitere Entwicklung nicht verpassen werden. Für die nächsten Jahre ändert sich nichts, denn die 2000-Watt-Gesellschaft steht auch in den Legislaturzielen des Stadtrats. Es geht aber um ein Vorhaben, das mehrere Generationen lang dauern wird. Der Ort für solche sehr langfristigen Ziele ist die Verfassung.

Wovor fürchten Sie sich, Herr Hardmeier, wenn dieses Ziel in die Stadtverfassung geschrieben würde?

Hardmeier: Für mich gehört dieses Ziel nicht in die Stadtverfassung – es ist die falsche Ebene. Der Energieverbrauch ist kein kommunales, eher ein nationales Thema.

Einen entsprechenden Artikel in der Bundesverfassung fände also Ihre Unterstützung?

Hardmeier: Dort wäre er weniger falsch. Ich finde das 2000-Watt-Ziel aber grundsätzlich problematisch, weil messbare Ziele nicht in die Verfassung gehören. Vor allem, wenn man gar nicht weiss, ob sie erreichbar sind und welche Massnahmen dafür nötig sind. Den Pfad zu 2000 Watt kann ja niemand wirklich aufzeigen. Ich habe Angst davor, dass ein entsprechender Verfassungsartikel in der Zukunft dazu verwendet wird, alle möglichen Ausgaben zu begründen – in der ursprünglichen Vorlage war ja auch eine halbe Million Franken für «Leuchtturmprojekte» vorgesehen, also für teure Propagandaprojekte.

Bernath: Das Ziel muss auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene umgesetzt werden. Der Bund ist etwa für Gerätevorschriften zuständig, der Kanton für die Gebäude. Die Stadt steht aber in der Verantwortung bezüglich ihrer eigenen Liegenschaften, des Verkehrs, und sie muss informieren. Es ist in der Schweiz halt so, dass ein Thema oft alle drei Ebenen betrifft. Daher ist es wichtig, dass die Stadt für den Bereich ihrer Zuständigkeiten ein klares Ziel hat.

Herr Hardmeier, wie stark fürchten Sie das Kaffee- oder Bananenverbot?

Hardmeier: Bereits jetzt ist klar, dass solche Einschränkungen kommen wer-

den. In der Stadt Zürich gab es den Vorstoss, in Kantinen und Altersheimen den Fleischkonsum einzuschränken. In Zürich kann man beim Strom auch nur noch teureren erneuerbaren wählen. Man fängt an, die Leute zu bevormunden. Das ist für mich nicht liberal. Die Grünliberalen hätten das Liberaler ja auch im Parteienamen, ticken in dieser Frage aber ausschliesslich grün.

Bernath: Liberal heisst auch, dass die eigene Freiheit dort aufhört, wo die Freiheit von anderen eingeschränkt wird. Deshalb müssen wir unsere Verantwortung gegenüber anderen Welt-



«Wir müssen unsere Verantwortung gegenüber anderen Weltregionen und gegenüber zukünftigen Generationen wahrnehmen.»

Katrin Bernath Grossstadträtin GLP

regionen und gegenüber zukünftigen Generationen wahrnehmen. Die 2000-Watt-Gesellschaft hat sehr viel mit verantwortungsvollem Handeln zu tun. Und: Die Stadt wird keine Verbote erlassen.

Hardmeier: Das wird sie. Es steht zum Beispiel das «autofreie Wohnen» in einer Vorlage und in der Infrastudie.

Bernath: Das ist aber kein Verbot!

Hardmeier: Doch. Wenn man in einer solchen Siedlung wohnt, darf man kein Auto haben.

Bernath: Aber man muss ja nicht dort wohnen.

Hardmeier: Man muss auch keinen Kaffee trinken und keine Bananen essen.

Bernath: Halt! Wenn man in Schaffhausen eine Siedlung nach diesem Konzept – das in anderen Städten sehr erfolgreich ist – bauen würde, dann wäre das ein freiwilliges Angebot, das sich am Markt durchsetzen würde.

Wird die 2000-Watt-Gesellschaft der lokalen Wirtschaft helfen?

Bernath: Sie ist klar eine wirtschaftliche Chance für die lokalen Unternehmen. Am Schluss findet ein grosser Teil der Wertschöpfung bei den lokalen Anbietern statt. Das Geld, das wir bis jetzt für Gas und Erdöl ausgeben, fliesst dann nicht mehr ins Ausland ab.

Hardmeier: Es nützt den Unternehmen nichts, wenn wir nur die Verfassung ändern. Was einigen nützt, sind Fördergelder – die bezahlen wir alle aber mit den Steuern, das ist nicht gratis. Andere werden Umsatzeinbussen haben, wenn es Einschränkungen gibt.

Ein kleines Gedankenexperiment:

Wir schreiben das Jahr 2075. Der durchschnittliche Energieverbrauch in Schaffhausen liegt bei 3000 Watt. Was passiert dann?

Bernath: Es wird wohl nichts passieren. Man wird sich in Schaffhausen aber schon vor 2075 überlegen, wie man unterwegs ist – letztlich müssen wir diese Frage aber den zukünftigen

Generationen überlassen. In unserer Verantwortung liegt es, heute die Weichen richtig zu stellen.

Hardmeier: Ich sehe das anders: Die Mitte-links-Parteien werden 2075 eine Flut von Vorstössen einreichen und dabei auf die Verfassung verweisen. Die Verwaltung wird zehn Städtökologen haben, um das Ziel zu erreichen. Generell wird sehr viel Zeit und Geld dafür investiert werden.

Bernath: Das Ziel ist, dass man sich diese Überlegungen früher macht. Wir haben die Zwischenziele definiert, und in der Vorlage ist alle vier Jahre ein Zwischenbericht vorgesehen, um kontinuierlich über sinnvolle Massnahmen nachzudenken.

Zum Schluss möchte ich noch über die beiden Werbekampagnen sprechen. «Schaffhausen hat Energie» steht auf dem Plakat der Befürworter.

Was bedeutet dieser Wohlfühlslogan?
Bernath: Wir hätten wie die Gegner auch eine Angstkampagne machen können, es gibt die Gefahren der Atomenergie und die problematische Abhängigkeit von Erdöl- und Gaslieferanten. Wir fanden aber, dass es um etwas Positives geht, das für Schaffhausen sehr viele Chancen bietet. Im Slogan geht es ums Selbstbewusstsein: Was andere können, das können wir auch.

Auf der anderen Seite gab es die sehr effektiv eingesetzten Schaffelle im Kesslerloch. Glauben Sie wirklich, dass die 2000-Watt-Gesellschaft zurück in die Eiszeit führt?

Hardmeier: Nein. Wir wollten damit illustrieren, dass aus unserer Sicht ein Rückschritt droht und dass wir auf vielen verzichten werden müssen, wenn wir dieses Ziel erreichen wollen.

Kantonsgericht Mehrfacher betrügerischer Missbrauch einer Datenverarbeitungsanlage

Vertrauen ausgenutzt, 220 000 Franken abgezweigt

Um bei der Steuererklärung zu helfen, hat ein Mann Finanzunterlagen einer Frau erhalten. Dass die Zugangsdaten fürs E-Banking darunter waren, nutzte er aus.

VON DANIEL JUNG

Sie kennen sich schon seit mehr als 25 Jahren, weil sie in einer Gemeinde im Kanton Schaffhausen dieselbe Freikirche besuchen und dort auch Mitglieder sind. Schon seit dem Jahr 2000

unterstützte der 50-jährige Mann, der sich gestern vor Kantonsgericht verantworten musste, die Frau bei Steuererklärungen, Versicherungsfragen und Finanzanlagen.

Anfang März 2010 hatte die Frau, die gestern als Privatklägerin im Gerichtssaal anwesend war, von ihrer Bank Unterlagen für das E-Banking erhalten. Dazu gehörten eine Benutzeridentifikation, ein Passwort und Code-Listen. Diese legte die Frau in ihrem Finanzordner ab. Gemeinsam mit weiteren Dokumenten übergab sie diesen Ordner später dem Beschuldigten zur Erstellung der nächsten Steuererklärung.

Der Mann war zu dieser Zeit mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert. Daher entschied er sich, die Zugangsdaten unrechtmässig zu seinem eigenen Vorteil zu benutzen. Er loggte sich wiederholt ins E-Banking ein und veranlasste zwischen März 2010 und April 2013 insgesamt 24 Überweisungen vom Konto der geschädigten Frau. Total 226 729.50 Franken zweigte der Mann so auf sein eigenes Konto sowie das Konto seiner Mutter ab. Einmal, am 13. Juli 2010, überwies der Mann den Betrag von 6000 Franken, den er sich zwei Wochen zuvor überwiesen hatte, zurück auf das Konto der geschädigten Frau.

Das Kantonsgericht Schaffhausen (Vorsitz Werner Oechslin, Kantonsrichterinnen Manuela Hardmeier und Eva Bengtsson) verurteilte den Mann gestern zu einer bedingten Freiheitsstrafe von 18 Monaten. Die Probezeit beträgt zwei Jahre. Zudem muss der Mann den Fehlbetrag von gut 220 000 Franken an die Frau zurückzahlen. Dazu kommen eine Staatsgebühr von 3000 Franken sowie die Kosten für den amtlichen Verteidiger Roger Gebhard.

Abgekürztes Verfahren

Die juristische Angelegenheit wurde im abgekürzten Verfahren erledigt: Schon vor der gestrigen Verhandlung

hatten sich Staatsanwalt Roland Flüeler und der Beschuldigte über das Vorgehen abgesprochen. Voraussetzung dafür waren ein Geständnis des Mannes sowie seine Bereitschaft, das abgezweigte Geld zurückzuzahlen. Abgekürzte Verfahren sind nur in denjenigen Fällen möglich, wo nicht mehr als fünf Jahre Freiheitsstrafe gefordert werden. Kantonsrichter Oechslin hatte gestern daher primär noch die Rechtmässigkeit dieses Verfahrens zu überprüfen, bevor er das bereits vorgeschene Urteil bestätigte. Wie in anderen Prozessen könnte das Urteil aber auch in diesem Fall vor Obergericht angefochten werden.

Zuschriften

Keine unnötigen Gesetze

KANTONALE ABSTIMMUNG 30. NOVEMBER

Beitritt Hooligan-Konkordats

Fussballveranstaltungen sollen von sportbegeisterten Jugendlichen und Familien ohne Angst besucht werden können. Gewalt und Feuerwerkskörper, sogenannte Pyros, haben im Fussballstadion nichts zu suchen. Sie gehören ohne Wenn und Aber aus den Stadien verbannt. Dafür sind die geltenden Gesetze griffig genug. Das geltende Hooligan-Konkordat der Kantone bleibt unabhängig von dieser kantonalen Volksabstimmung bestehen. Es beinhaltet unter anderem ein Rayon- und ein Pyroverbot als wohl wichtigste Voraussetzungen, um gegen randalierende Fans vorzugehen. Die vorgeschlagene Verschärfung dieses Konkordats ist in Schaffhausen nicht nötig. Sie würde vor allem auch den privaten Sicherheitskräften mehr Kompetenzen geben. Eine solche Entwicklung betrachte ich mit Sorge. Zudem ist es kontraproduktiv, jugendliche Sportbegeisterte unter Generalverdacht zu stellen. Das schürt

unnötig Gewalt. Der Schlüssel, um Gewalt bei Sportveranstaltungen vorzubeugen, ist nicht verstärkte Repression, sondern ein intensiverer Dialog im Rahmen der Fanarbeit. Prävention ist immer besser als Repression, zumal unsere Schaffhauser Fans kompromissbereit sind und weit weg davon, in den Hooligan-Topf geworfen zu werden.

Wer weniger Gesetze will, kann auf diese unnötige Erweiterung des Hooligan-Konkordats gut verzichten. Sie ist den Schaffhauser Verhältnissen nicht angepasst. Mit einem Nein zum erweiterten Hooligan-Konkordat wird sinnvolle Fanarbeit wieder mehr Gewicht bekommen, so auch im Kanton Schaffhausen.

Martina Munz
Hallau

Sinnvolle Erweiterung

Am 30. November stimmen wir ab über die Erweiterung des Hooligan-Konkordats. Der Begriff «Erweiterung» sagt es: Das Hooligan-Konkordat gibt es bereits. Bei einer Ablehnung der Konkordatsenerweiterung würde die geltende Version weiterhin in Kraft blei-

ben. Das oft diskutierte Verbot der sogenannten Pyros ist zum Beispiel Bestandteil des geltenden Konkordats. Die Erweiterung des Konkordats bringt vor allem zwei neue, sinnvolle Bestimmungen: die Bewilligungspflicht sowie die zeitliche Ausdehnung des Rayonverbots für Gewalttäter. Während für jedes Strassenquartierfest eine Bewilligung eingeholt werden muss, ist eine solche für ein Fussballmatch mit Beteiligung eines Super-League-Clubs bis jetzt nicht notwendig. Dass für eine Veranstaltung, bei der mehrere Tausend Zuschauer erwartet werden, eine Bewilligungspflicht eingeführt wird, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Die Möglichkeit, dass ein Rayonverbot gegen gefährliche Gewalttäter neu für bis zu drei Jahre ausgesprochen werden kann, trägt zur Sicherheit im Umfeld von Matches bei. Leider nützen die bekannten Mittel der Strafverfolgung bei Hooligans nur unzureichend; oft brüsten sich verurteilte Hooligans mit ihren Straftaten. Ein Verbot, das Stadion und seine Umgebung während der Zeit rund um die Spiele zu betreten, ist dagegen eine Sanktion, die für einen Hooligan wirklich einschneidend und somit zielführend ist.

Oft wird behauptet, dass es die Erweiterung des Konkordats nicht

braucht, da es in Schaffhausen gar keine Hooligans gäbe. Die Vergangenheit hat leider das Gegenteil bewiesen. Dass es zurzeit an der «Hooligan-Front» relativ ruhig ist, ist insbesondere auch ein Verdienst des erweiterten Konkordats, das schon in den meisten Kantonen in Kraft ist und darum seine Wirkung entfalten kann. Umso wichtiger ist es, dass auch der Kanton Schaffhausen der Erweiterung beiträgt, da sonst Gewalttäter in Schaffhausen nicht gleich angepackt würden, wie in den anderen Kantonen. Dies wäre geradezu eine Einladung für Hooligans.

Wer gegen Gewalt in und um die Sportstadien ist, der stimmt mit Überzeugung Ja zur Erweiterung des Hooligan-Konkordats.

Patrick Strasser
Oberhallau

Gewalt muss bestraft werden

Als langjähriger Fussballer durfte ich miterleben, wie schön Fussball auf dem Feld, rings ums Spielfeld, aber auch ausserhalb des Stadions sein kann. In den letzten Jahren haben sich leider einige Unverbesserliche Freiheiten herausge-

nommen, welche nicht mehr toleriert werden dürfen. Noch mehr Auflagen für die Jugendlichen? Nein, man nimmt den besonnenen Jugendlichen ja gar nichts weg, sondern viele Jugendliche leiden oft unter ein paar Unverbesserlichen. Bisher ist es der Politik nicht gelungen, diese Chaoten zu stoppen oder in die Schranken zu weisen. Vor allem gegen Vermummte und deren Gewaltbereitschaft muss man klare Grenzen setzen. Leider wurden aber Gesetzeslücken und zu grosse Toleranz schamlos ausgenutzt. Dass sogar der Polizei eine Strafe droht, wenn sie für Recht und Ordnung sorgt, sollte doch zu denken geben. Zuletzt gab es ja wieder einige treffende Beispiele, wie bei Zürich gegen Luzern, als die FCZ-«Fans» die Gäste nicht auf den Zug lassen wollten, oder im Stadion Breite, als die Schaffhauserkurve im Spiel gegen Le Mont Pyros zündete und wegen der Rauchentwicklung das Spiel während einiger Minuten unterbrochen werden musste. Gerade aus diesem Grunde verwundert es nicht, dass – ganz im Gegensatz zu den Argumenten der Initianten – immer mehr Fussballfreunde den Spielen fernbleiben. Deshalb kann es an der Urne nur ein überzeugtes Ja geben.

Hanspeter Pletscher
Schaffhausen